



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 20951/52

Hannover, Georgstraße 33

F/IV/145

Hannover, 19. Oktober 1949

Sitzstreik gegen das Asylrecht

=====

-dt. Will man die Auswirkungen der Zweispaltung Deutschlands in ihrer brutalsten Erscheinungsform kennenlernen, dann muss man das Flüchtlingslager Uelzen in der Lüneburger Heide aufsuchen. Dort wird man wenige Schritte hinter dem eigentlichen Lager die Stätte finden, die seit einigen Tagen in der deutschen Presse eine unrühmliche Rolle spielt: das Wäldchen, in dem sich die sogenannten "Höhlenmenschen von Uelzen" niedergelassen haben. Der kritische Chronist wird dort verschiedene Arten von Menschen antreffen: eine Frau, die, mit fünf Kindern sich selbst überlassen, willenlos sich vom Schicksal treiben lässt in der trügerischen Hoffnung, im "goldenen Westen" ein sorgenloseres Dasein führen zu können; einen Familienvater, der mit Frau und ebenfalls fünf Kindern im Gestrüpp der Zuzugsgenehmigungen hängen geblieben ist und der sich dem östlichen Fatalismus hingibt, den er vier Jahre lang in einem polnischen Lager in sich aufnahm; Männer und Frauen, die mit Gott, ihrem Schicksal und dem Flüchtlingsminister hadern und - als erschütterndstes Erlebnis - Kinder, die sich unbekümmert benehmen, wie glücklichere Altersgenossen und die nachts weinen, weil sie in ihren "Höhlen" frieren. "Höhlen", die an den Krieg erinnern, wenn man in kühlen Nächten im Freien kampieren musste und provisorisch sich ein schützendes Dach über den Kopf baute. Bei aller Anerkennung des amtlichen Standpunktes, dass diese Menschen mit ihrem Dasein, im Kleinen propagandistisch ausgenutzt, die Bestimmungen übergehen wollen, die ihnen aus höherer Einsicht ihren Übertritt in die Westzonen verwehren sollen, bei aller Würdigung dieser Umstände kann man das Mitleid mit diesen Opfern der Zweispaltung Deutschlands nicht unterdrücken. Denn man weiss, dass die Nächte kalt sind und dass die Kälte peinigt, ob man nun schuldig oder unschuldig, freiwillig oder gezwungen sich dieser Fein aussetzt.

Niemand weiss zu raten. Gibt man den 58 Hartnäckigen nach, und übernimmt man sie trotz der ersten Abweisung durch die Achtländer-Kommision des Lagers, weil sie den Aufnahmebedingungen nicht entsprechen, so folgen morgen Hunderte, denn Hunderten wird täglich der Zutritt verweigert. Über 16.000 sind in knapp fünf Wochen nach Uelzen gekommen und haben um Aufnahme angesucht und nur 2.840 können es nach den sogenannten Uelzener Beschlüssen sein. Der Strom der Flüchtlinge schwillt von Tag zu Tag und würde man die Schleusen öffnen und jede Beschränkung aufheben, dann würde sich der Osten automatisch entleeren und der Raum jenen freigegeben werden, die sprungbereit an der Oder- und Weisse darauf lauern.

Flüchtlingsminister Albertz, selbst Ostvertriebener, hat das Dilemma aufgezeigt, in dem sich die Menschen befinden, die für diese Dinge verantwortlich sind. Entweder man nimmt die Zweispaltung Deutschlands mit all ihren Konsequenzen zur Kenntnis und schliesst die Grenzen, so, als wäre jenseits der Demarkationslinie Ausland. Dann müsste jeder illegale Grenzübertritt bestraft und der Bestrafte zurückgeschickt werden. Drüben würde er nach den jetzt bekanntgewordenen verschärften Bedingungen abermals bestraft werden. Oder aber man setzt sich über die Tatsache der Zweiteilung Deutschlands hinweg und lässt die Menschen ziehen, wohin es sie zieht. Dann wird der Westen den Osten aufsaugen, der Westen an Menschen ersticken und das Vakuum im Osten von anderen gefüllt werden.

Angesichts der Grösse dieses Problems - Bundeskanzler Adenauer hat es auf der ersten Bundeskonferenz unterstrichen - mutet es kleinlich an, wenn die Länder der französischen Zone sich bis heute geweigert haben, an den Uelzener Beschlüssen teilzuhaben. Zu spät werden die Verantwortlichen einsehen, dass sie sich ins eigene Fleisch schneiden, denn was sich in Uelzen tut, rüttelt bedrohlich an den Schleusen der Uelzener Beschlüsse. Dann schützt nichts mehr auch die Länder der französischen Zone vor der Flut.

Noch ist man bemüht, den status quo und damit das Asylrecht für echte politische Flüchtlinge zu retten. Aber der immer stärker werdende Strom aus dem Osten droht alle Berechnungen über den Haufen zu werfen. Die Erscheinungen in dem Waldchen hinter dem Lager von Uelzen sind nichts anderes als ein Sitzstreik gegen die Uelzener Beschlüsse, gegen die Bestimmung, dass nur der in die Westzonen darf, der es aus zwingenden Gründen

muss. Gewinnen die Streikenden, dann ist die zweite oben aufgezeigte Alternative mit allen ihren Folgen akut. Aus Gründen der Menschlichkeit ist den "Höhlenmenschen" das Streikrecht nicht genommen worden, im Gegenteil, sie werden von allen Seiten unterstützt. Die Vernunft aber spricht gegen das Gefühl.

Wir können so wenig wie Minister Alberts einen Ausweg aus dem Dilemma nennen. Es gibt einen Weg, aber ihn zu beschreiten, liegt nicht in deutscher Macht. Man schaffe das West-Ost-Gefälle ab, indem man die Lebensbedingungen im Osten denen des Westens anpasst. Man beseitige die Folgen von Jalta, wo die Zweiteilung Deutschlands ihren Anfang nahm und das Heimatgefühl wird bei den Deutschen im Osten automatisch den Drang nach dem Westen absorbieren. Das zu tun, liegt allein in der russischen Macht. Und das lässt wenig Hoffnung für die Zukunft offen.

Kraftprobe des Vatikans

E.A.M., Rom, Mitte Oktober

Die mageren Ergebnisse des "Anno Santo" 1925 mit 535.882 Pilgern, von denen 160.182 aus dem Ausland gekommen waren, führte der vatikanische Organisationsausschuss auf die "prekäre internationale Lage" der Zeit nach dem ersten Weltkrieg zurück. Das "welthistorische katastrophale Panorama", wie es in einer offiziellen Verlautbarung hiess, dürfte 1949 kaum weniger ermutigend bezeichnet werden. Trotzdem verbergen die offiziell mit den Vorbereitungen betrauten Organe der Kirche ihren Optimismus heute nicht mehr. Die Teilnahme von 743.241 Pilgern (280.306 aus dem Ausland) gilt als gesichert. Da von 56 nationalen Organisationskomitees erst 26 definitive Ziffern nannten, wird mit mindestens einer Million Besuchern aus dem Ausland gerechnet. Der interministerielle Fremdenverkehrsausschuss der italienischen Regierung schätzt, dass Rom etwa 3,2 Millionen Menschen unterzubringen haben wird.

In der Via della Conciliazione wird eine Anzahl Grossbauten für Kongresse, Ausstellungen und Beherbergung prominenter Pilger wie die irische Regierung und südamerikanische Staatsoberhäupter errichtet. Alle kirchlichen Verbände sind mobilisiert. Von Vittorino Veronese, dem Präsidenten der "Azione Cattolica", bis zu Luigi Gedda als dem Präsidenten

der Kommission für die wichtigste Schau der vielseitigen katholischen Aktivitäten herrscht überall Hochbetrieb. Modern wie die Betonbauten gegenüber der Peterskirche ist die Organisationstechnik bei Massendemonstrationen. Nichts wird vernachlässigt. 800.000 Propagandaschriften wurden in alle Welt versandt. Eine Reihe von Kurzfilmen ist dem Heiligen Jahr gewidmet.

Für jeden Pilger ist eine "Busta del pellegrino", eine Mappe mit Romführer, Ausweisen, Ermässigungskarten und anderem bestimmt. Hierbei wird nicht mehr in Zahlen, sondern in Gewichtstonnen gerechnet: 140 t Pilgerbücher, 210 t Romführer, 25 t Ausweise usw. Wenn man alles Druckmaterial, Erinnerungsmedaillen und Packmaterial zusammenrechnet; das versandt wurde, sind 500 t noch gering geschätzt. Ganz im amerikanischen Stil des Zahlenrausches wird mitgeteilt, dass der Sekretär des Organisationskomitees Monsignore Pignedoli eine Weltinspektionsreise bei den Nationalausschüssen durchführte, wobei er im Tagesdurchschnitt drei Stunden im Flugzeug sass.

Reisebüros wie American Express, Cook, CIT usw. arbeiten mit Hochdruck. Sie begleiten den Touristen vom Tag seiner Abreise nach Italien bis zum Augenblick seiner Rückkehr. Sie sorgen für Fahrkarten, Unterkunft, Museumsbesuche bis zu Unterhaltungen im Nachtlokal. Es darf keinen unausgefüllten Moment geben. Mit durchschnittlich 20.000 Pilgern pro Tag bei dreitägigem Aufenthalt in Rom sind die religiösen Zeremonien und Feierlichkeiten wie Heiligsprechungen, Bitten um die Einheit der Kirche, Bekehrungen der Häretiker usw. so verteilt, dass jede Pilgergruppe wenigstens an einer Manifestation teilnehmen kann. Mindestens einmal im Monat wird der Papst die Messe im Petersdorm selbst zelebrieren. Angesichts all dieser Organisationsarbeit ist die eigentliche Idee des "Anno Santo", des Jahres der grossen Wiederkehr und Versöhnung, etwas in den Hintergrund getreten.

Vielleicht ist das aber gar nicht so entscheidend und wichtiger ist, worauf Giovanni Russo in der unabhängigen Wochenschrift "Il Mondo" hinweist, dass nämlich das Heilige Jahr 1950 den Charakter einer Feuerprobe für den Vatikan habe. Er schreibt: "Alles deutet darauf hin, dass die katholische Hierarchie sich diese Gelegenheit nicht entgehen lassen wird. Sie will eine eigentliche Kraftprobe ablegen. Und diese Manifestation wird sich nicht in einer Woche erschöpfen, sondern Tag für Tag ein ganzes Jahr lang anhalten." - - - - -

Notwendige Klarstellung

sp. In einer Reihe von Zeitungen ist eine Darstellung über den Besuch der sozialdemokratischen Fraktionsführung beim Bundeskanzler am letzten Wochenende gegeben worden, die geeignet ist, Sinn und Ziel der sozialdemokratischen Politik in ihr Gegenteil umzudeuten. Zur Klarstellung wird deshalb von massgebender sozialdemokratischer Seite festgestellt:

Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion ist als die Fraktion der Opposition an den Bundeskanzler herangetreten und hat ihn veranlasst, eine Regierungserklärung zu der Frage der Gründung des östlichen Satellitenstaates in dieser Woche im Bundestag abzugeben. Sie hat das zunächst einmal getan, um ganz allgemein die deutsche Position durch eine solche Erklärung zu stärken. Dann aber auch, um bei dieser Gelegenheit den sozialdemokratischen Standpunkt, der früher und bestimmter erarbeitet worden ist, als der irgendeiner anderen Partei, eindeutig klarzustellen. Wenn in einem Teil der Presse behauptet wird, dass die sozialdemokratische Fraktion sich in dieser Frage den Standpunkt der Regierung zu eigen machen werde, so ist das in jeder Hinsicht unrichtig.

* * * * *

Nachrichten aus der Ostzone

"Volkssolidarität" - Ostzonen-WHW

(Eig. Ber.) Leipzig. - Die "Volkssolidarität" in der sowjetischen Besatzungszone, die die Funktion eines Ostzonen-WHW übernommen hat, wird nunmehr auch berechtigt sein, als einziger Verband in der Sowjetzone Geldsammlungen durchzuführen und zu Textil- und Lebensmittelsammlungen aufzurufen. Kirchlichen und caritativen Verbänden ist das verboten.

Geschmacksfragen

(Eig. Ber.) Leipzig. - Während der Leipziger Herbstmesse waren an einem Stand Bilder zu sehen von Stalin, Lenin, Marx und Pieck neben schlechten Drucken, wie sie die Schlafzimmer unserer Grosseltern zierten. Die kommunistische Leipziger "Volkszeitung" übte heftige Kritik an dieser Art, Kollektionen zusammenzustellen. Sie bezeichnete es als "eine Herausforderung grosser Männer" und sagte den Käufern der

19. Oktober 1949

"Kitschbilder" schlechten Geschmack nach. Der Aussteller teilte hierauf der Redaktion mit, dass er die Kitschbilder ausnahmslos an Angehörige

der Roten Armee verkauft habe. Einen "Lenin" oder einen "Stalin" sei er nicht ein einziges Mal losgeworden.

Justiz in Brandenburg

(Eig. Ber.) Potsdam. - Obwohl im Lande Brandenburg ein Mindestbedarf von 300 Rechtspflegern besteht, wurde auf Anordnung von Innenminister Bechler allen nicht zur SED zugehörigen Rechtspflegern gekündigt. Unter dem Rechtspfleger-Nachwuchs wird zur Zeit eine politische Säuberung durchgeführt ohne Rücksicht auf fachliche Eignung. Bei "politischer Zuverlässigkeit" erhielten jetzt Nachwuchskräfte mit knapp halbjähriger Ausbildungszeit als Anwärter einen Beschäftigungsauftrag.

Sender Leipzig gesäubert

(Eig. Ber.) Leipzig - Auf einer aus Anlass der Übergabe der Sendekontrolle in deutsche Hände angesetzten Feierstunde erklärte kürzlich der aus "Repräsentationsgründen" zurückbleibende einzige sowjetische Kontrolloffizier Melnikoff, dass die Säuberungen im Sender Leipzig von "bürgerlichen und trotzkistischen Elementen" nunmehr beendet seien und die sowjetische Kontrolle sich zurückziehen könne. In dem Intendanten Heise sehe er die Garantie, dass die Politik am Sender Leipzig "in gewohnter Weise" fortgeführt werde. Heise kam mit der Roten Armee aus sowjetischer Emigration nach Deutschland zurück. Er gilt in Leipzig als absolut russenhörig und gefährlicher NKWD-Spitzel.

Der Theaterpräsident

Jemand, der ihn gut kennt, schreibt uns:

Zum Präsidenten der sogenannten Länderkammer, also einer der höchsten politischen Institutionen des sowjetdeutschen Staates, wurde "spontan und einstimmig" der Führer von Mecklenburgs Ost-CDU, Dr. Lobedanz, gewählt.

Die Qualifikation Dr. Lobedanz' beruht im Grunde auf einer Eigenschaft, die freilich im Osten sehr wichtig ist - Linientreue. Diese Linientreue ist bei ihm indes geboren aus zitternder Angst vor der sowjetischen Besatzungsmacht und aus der geradezu krankhaften Furcht

des "auf Lebenszeit angestellten" Ministerialbeamten, die Existenz zu verlieren. Es ist in Schwerin und in Mecklenburg offenes Geheimnis, dass Dr. Lobedanz niemals, auch nicht einmal im vertrautesten Kreise, ein kritisches, geschweige denn ein unfreundliches Wort gegen die Besatzungsmacht gesagt hat. In untertäniger Haltung nimmt er alles hin, was ihm diktiert wird, gleichviel ob es seine Partei oder seine amtliche Funktion angeht. Als einmal der etwa 28jährige Sowjethauptmann Nebesny völlig unberechtigt dem über 60 Jahre alten Lobedanz in schroffster Form ins Gesicht sagte, er sei ein Lügner, quittierte Lobedanz mit einer beschämend matten Abwehr. So ist er auch, sozusagen über Nacht, aber in engstem Kontakt mit einer entsprechenden Wandlung der SED, vom strengen Föderalisten mecklenburgischer Prägung zum ostzonalen Zentralisten geworden. Für die Aufgaben, die seiner barren, Befehle zu empfangen und durchzuführen, mal so und mal so, ist er hinreichend geschult. Für das täuschende Beiwerk, für das so tun "als ob", besitzt er ebenfalls einen ausgezeichneten Befähigungsnachweis. Lange Zeit war Lobedanz Theaterreferent des Landes Mecklenburg. Er weiss, wie Theater gespielt wird.

- 0 -

Ziegler sprach mit Ulbricht und der SMA

sp. Alle Akteure der sogenannten "Sozialdemokratischen Aktion" seien bereits wegen kommunistischer Betätigung im Auftrag der SED und der sowjetischen Militärverwaltung jeweils bei Aufdeckung ihrer Verfehlungen aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen worden, verlautet aus dem Büro des Vorstandes der SPD. Nach der gleichen Quelle habe am letzten Sonntag der frühere Oberbürgermeister von Nürnberg, Ziegler, als direkter Beauftragter der Sowjetrussen fungiert und nach genauen Anweisungen und mit politischer und finanzieller Unterstützung von Karlshorst gehandelt. Vor der Frankfurter Tagung habe Ziegler ausführliche Besprechungen mit russischen Offizieren, sowie mit Ulbricht und anderen führenden Leuten der SED gehabt. (m/BL/1910/1/ha)

Verantwortlich: Peter Raunau